



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/LZ/197 - 2.9.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21931-33

Fernschreiber 039890

Die Erklärung des Bundes-Kabinetts	S. 1
Vor der SEATO - Konferenz	S. 2
Agitprop - Tourismus	S. 4

## Tragischer Starrsinn

sp - In einer Stunde, die das Zusammengehen aller um die Zukunft unseres Volkes besorgten politischen Kräfte mit gebieterischer Notwendigkeit erfordern würde, hat die Bundesregierung nichts anderes zu sagen, als dass sie die Politik fortführen würde, die sie bisher geführt hat. Das heißt: sie will aus einem Scherbenhaufen einen neuen europäischen Glaspalast errichten.

Die Opposition hat das EVG-Plasko lange vorher vorausgesehen und damit ihre bessere Einschätzung der europäischen Wirklichkeit bewiesen. Die Opposition ist jedoch weit entfernt, über den Zusammenbruch der Adenauerschen Europakonzeption in ein Jubelgeschrei auszubrechen. Die Verantwortung, die sie als eine mitgestaltende Kraft in der deutschen Politik trägt, schließt das aus.

Die Bühler-Höhe-Erklärung des Bundeskabinetts erweist nun wiederum mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr der Starrsinn des Bundeskanzlers einer schöpferischen Neugestaltung der deutschen Außenpolitik im Wege steht. Die Zeichen, die an den Kreuzwegstationen der EVG so einprägsam erkennbar wurden, sind unbeachtet zur Seite geschoben worden. Geradezu als tragisch muß überdies die Tatsache empfunden werden, dass das erst vor wenigen Tagen erneut öffentlich ausgesprochene Angebot der Opposition zur gemeinsamen Beratung und Neuformulierung der Außenpolitik ohne jeden Skrupel in den Wind geschlagen wurde. Diese Haltung der Bundesregierung ist als eine neuerliche und in diesem Fall besonders schwerwiegende Brückierung anzusehen. Die Konsequenzen dieser systematischen Ausschaltung der Opposition bei der Behandlung von Lebensfragen unseres Volkes drängen sich von selbst auf.

Die Bundesregierung hat in ihrer Erklärung Frankreich nicht mit einem Wort erwähnt. Nach den dauernden Freundschaftsbeteuerungen der Koalitionsparteien an die französische Adresse wirkt dieser demonstrative Umschwung umso auffällender. Die Reaktion in Paris ist entsprechend. Eines steht allerdings schon jetzt fest: Die in der Kabinettsklärung im Unterton mitschwingende Absicht, notfalls ohne Frankreich und mit amerikanischer Rückendeckung eine Art Rumpf-EVG zu erzwingen, wird die deutsch-französische Verständigung, ohne die Europa ja gar nicht denkbar ist, mit einer neuen schweren Hypothek belasten.

+

+

+

- 2 -

Siam, das Sorgenkind der SEATO

E.A. London, Anf. Sept.

Schutz für Siam (oder Thailand), das nach dem Zusammenbruch der Franzosen in Indochina in die Frontlinie des kommunistischen Drucks in Südostasien gerückt ist, wird eine der Hauptaufgaben für SEATO sein. Die South East Asian Treaty Organisation (SEATO) soll am 6. September in Baguio auf den Philippinen ins Leben gerufen werden. Siam ist der einzige Staat auf dem asiatischen Kontinent, der sich aktiv für die Schaffung der SEATO eingesetzt hat. Es hat dafür seine guten Gründe.

Die Regierung Pibul Songgram's in Bangkok hat bisher gegenüber dem fernöstlichen kommunistischen Block eine Haltung herausfordernder Selbständigkeit eingenommen, im Gegensatz zu dem betonten Neutralismus des Nachbarlandes Burma. Denn Pibul Songgram's Regime stützt sich auf die nationalistischen siamesischen Bevölkerungsteile, die der starken chinesischen Minorität des Landes feindlich gesonnen sind. Rund 20 % der Bevölkerung sind Chinesen. Vor 1932 beherrschten sie den Handel des Landes, vor allem die lebenswichtige Reisausfuhr. Die siamesische Revolution von 1932 entsprang einer Volksbewegung gegen das autokratische Herrscherhaus. Sie richtete sich aber ebenfalls gegen die chinesische Wirtschaftsbeherrschung.

Solange nun die Franzosen Indochina hielten, brauchten sich die Machthaber in Bangkok wegen des chinesischen Missfallens keine Sorgen zu machen. Nun aber muß Songgram seine Hoffnung auf die Amerikaner - oder aber eine Gruppe westlicher Mächte setzen, die dem weiteren Vormarsch der Kommunisten in Südostasien einen Riegel vorschoben.

Zu dem nationalen Beweggrund - Siamesen gegen Chinesen - kommt auch ein antikommunistisches Motiv hinzu. Nach der Niederlage der Japaner hatte Pibul Songgram für kurze Zeit den westlich orientierten Liberalen unter Pridi Phanomyang Platz machen müssen. Nach dem Staatsstreich der Armee, der Songgram im Jahre 1947 wieder an die Macht brachte, hatten die Anhänger Pridi's verschiedentlich versucht, den Diktator zu stürzen. Ihr Kampf gegen Songgram hatte sie ein Bündnis mit den Kommunisten eingehen lassen. Als Pridi sich nicht länger behaupten konnte, floh er ins Ausland, um dessen Hilfe gegen Songgram zu gewinnen. Da jedoch die Amerikaner Pibul Songgram mehr und mehr als ein Bollwerk gegen die Ausbreitung des chinesischen Kommunismus ansahen, ist Pridi schließlich in Peking gelandet, von wo er seinen Kampf fortführt.

So sieht sich das augenblickliche Regime in Bangkok zwei Gefahren gegenüber. Ein Teil der Armee ist unzufrieden und glaubt, dass nach der französischen Niederlage in Indochina Kutschinas Drang nach Süden unaufhaltbar geworden ist. Eine Militärrevolte könnte somit Pridi als chinesischen Vertrauensmann an die Macht bringen.

Die andere Gefahr droht von einer kommunistischen Infiltration über die Laos-Grenze. Die Ostprovinzen von Siam leiden unter Dürren, sie sind die ärmsten Landesteile, in denen es nicht schwer wäre, Unruhen anzustiften. Agrarische "Guerillas" würden bald mit Waffen und Freiwilligen, die von Laos und Nord-Vietnam eingeschmuggelt werden können, unterstützt werden.

Diese Möglichkeiten verdienen von der SEATO-Konferenz mit gleicher Sorgfalt behandelt zu werden wie die Möglichkeit eines direkten militärischen Angriffs. Es dürfte bekannt sein, dass die linken Sozialisten in England schon jetzt davor warnen, aus SEATO ein Instrument zu machen, das Pibul Songgrans diktatorisches und korruptes Regime vorbehaltlos stützen würde. Auf diese Weise könne man weder den Vormarsch des Kommunismus aufhalten, noch den asiatischen Völkern den Weg in eine bessere Zukunft eröffnen.

+ + +

"Nation Sowjetzone"

Im "Bonner Generalanzeiger" wurde im Anschluß an die Meldung, dass die Sowjetzone und Spanien in den internationalen Eishockey-Verband aufgenommen worden seien, festgestellt, dass "beide Nationen" bereits an den diesjährigen Eishockey-Weltmeisterschaften in Westdeutschland teilnehmen könnten. Der "Bonner Generalanzeiger", der der FDP nahesteht, hatte vor einigen Wochen die Meldung, dass die westdeutsche Fußballmannschaft Weltmeister geworden sei, mit einem geradezu ungläubhaft anmutenden Rückfall in das nationalistische Pathos begrüßt. Ein bißchen gesamtdeutsches Bewußtsein könnte dem "Bonner Generalanzeiger" aber nichts schaden, denn die Meldung von der Sowjetzone als "Nation" ist noch peinlicher als sein Fußball-Nationalismus. -

- 1.

+ + +

Jeder Polizeieinsatz ein Plus für Pankow

D.2. - Berlin

Es ist gewiß kein Zeichen von Überzeugungskraft, Vertrauen in die eigene Stärke und von Selbstsicherheit, bei Auseinandersetzungen mit irgendeinem Gegner mit der Polizei zu drohen oder gar, wenn der Disput zu hitzig wird, diese herbeizurufen. Hoch bedenklicher freilich muss es erscheinen, wenn auf dem Gebiet der politischen Auseinandersetzungen der eine oder andere Teil mit dem Alarmruf "Polizei!" argumentiert. In einer echten Demokratie sollte für den Staatsbürger die Zuhilfenahme der Polizeiorgane in jedem Falle nur das äußerste Mittel zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung bleiben.

Man kann nicht umhin, in der in der Bundesrepublik immer stärker werdenden Neigung zu Polizeiaktionen ein sehr bedenkliches Anzeichen für eine schwache Verantwortungsbereitschaft der Staatsbürger zu erblicken. Nach außen hin ergibt sich dadurch nur allzu leicht der Eindruck, dass wir uns vom Obrigkeitsstaat nicht trennen können. Gibt es kein anderes Mittel als den Einsatz der Polizeiorgane, um auf die neueste Pankower Offensive gegen die Bundesrepublik zu antworten? Die in großer Zahl in die von Streik der Bayerischen Metallarbeiter betroffenen Gebiete entsandten östlichen Betriebsdelegationen, Kulturensembles und Sportgruppen hatten gewiss die Aufgabe, unter Ausnutzung der erregten Streikstimmung im Sinne Pankows im Trüben zu fischen. Aber war es nicht ein Zeichen politischer Schwäche, die östlichen Emisäre in Kraft zu nehmen und mit Gewalt über die Zonengrenze abzuschieben?

Die politische Gefahr dieses kommunistischen Agitprop-Fourismus soll nicht bagatellisiert werden. Da es sich aber um eine politische Gefahr handelt, kann ihr nicht polizeilich, sondern nur politisch begegnet werden. Wie geradezu gefährlich diese Polizeiaktionen sind, zeigt sich darin, dass nur ein kleiner Teil der nach dem Westen entsandten Sowjetzonenbürger zu den Verfechtern der SED-Diktatur gehört. Meist handelt es sich um biedere Arbeiter und Angestellte, die im Auftrag der SED in Marsch gesetzt wurden.

Die Praxis, wie im Pankower Bereich solche Delegationen zusammengestellt werden, zeigt, dass nur ein oder zwei Mitglieder dieser Gruppen fanatische SED-Anhänger sind. Da gibt die SED-Betriebsgruppe an die Betriebs-Gewerkschaftsleitung den Befehl, eine Delegation zu arrangieren. Auf einer eiligst einberufenen Belegschaftsversammlung meldet sich ein Linientreuer freiwillig, nachdem er vom Parteisekretär bereits vorher entsprechend präpariert worden ist. Von vorher instruierten Funktionären werden namentliche Vorschläge gemacht. Keiner der Vorgeschlagenen kann ablehnen. Man findet zunächst Ansreden, die aber bald von der Versammlungsleitung zerpfückt werden. Das Ende: Sie fahren als Delegationsmitglieder gen Westen, unter wachsamer Obhut der wenigen Linientreuen. Sie wissen genau, die Ablehnung des Auftrags kann ihnen bei der SED den Verdacht einbringen, heimliche Gegner zu sein, ja kann sie unter Umständen sogar für die Entlassung wegen "nationalpolitischen" Versagens reif machen.

Wer so als Mitglied einer nach dem Westen geschickten Delegation oder eines Kulturensembles zum Mitläufertum gezwungen ist, in seinem Herzen aber das Diktaturregime zuhause hasst oder zumindest ablehnt, dem wird die Behandlung durch westdeutsche Polizeiorgane niemals als eine politische Lehre bekommen. Im Gegenteil: die Reaktion wird, politisch gesehen, negativ sein. Bei der mehr oder weniger unvermeidlichen robusten Behandlung durch Polizeiorgane wird er leicht den Glauben verlieren, dass es im demokratischen Teil anders als östlich der Elbe ist.

Der SED ist die polizeiliche Behandlung ihrer Delegationen gar nicht einmal unwillkommen, kann sie doch auf diese Weise Märtyrer einheimsen, die sich propagandistisch entsprechend wirkungsvoll verwenden lassen. Zusammen mit der Enttäuschung der Delegationen über den "Empfang im Westen" ist das Wasser auf die Mühle Pankows.

Würde man im Westen die allerdings ungebetenen "Gäste" mit etwas stärkerem politischen Sinn empfangen, dann könnte für den Westen daraus sogar ein politisches Plus resultieren. Durch eine geschickte Diskussion könnte man die östlichen Delegationen geradezu darauf hinweisen, welche Riesenunterschiede zwischen den Rechten der Arbeiter in einer Demokratie und unter der SED-Diktatur bestehen. Die politische Wirkung würde wahrscheinlich so heilsam sein, dass von Pankow der Agitprop-Tourismus bald als eine totale Fehlinvestition erkannt werden würde. Polizeimaßnahmen freilich haben gerade die entgegengesetzte Wirkung, zur Freude der östlichen Diktatoren, zum Schaden der Demokratie und damit auch jener Bemühungen, die die Spaltung zwischen den beiden Deutschland beseitigen wollen.